

# Friedens- und Konfliktforschung

Tobias Ide u. a.



---

	<b>Inhaltsverzeichnis</b>	3
	<b>Abbildungs- und Tabellenverzeichnis</b>	9
	<b>Vorwort</b>	11
	<b>Autorenvorstellung</b>	13
<b>1</b>	<b>Einleitung</b> <b><i>Tobias Ide</i></b>	17
1.1	Aktualität, Verortung und Gegenstandsbereich der Friedens- und Konfliktforschung	17
1.2	Krieg und Frieden: aktuelle Trends	21
1.3	Themen und Forschungsfragen der Friedens- und Konfliktforschung im Wandel der Zeit	26
1.4	Inhalt und Aufbau des Studienbriefs	31
<b>2</b>	<b>Versicherheitlichung</b> <b><i>Delf Rothe</i></b>	43
2.1	Einleitung	43
2.2	Von klassischer Sicherheit zu Versicherheitlichung	45
2.2.1	Die Kopenhagener Schule	47
2.2.2	Kritik an der Kopenhagener Schule	52
2.2.3	Die Pariser Schule	56
2.3	Vorschläge zur Operationalisierung des Versicherheitlichungsansatzes	58
2.4	Fallbeispiel Klimawandel	59
2.4.1	Die Kopenhagener Schule und der Klimasicherheitsdiskurs	60
2.4.2	Die Pariser Schule und das Klimasicherheitsdispositif	63
2.5	Fazit	68
<b>3</b>	<b>Die Revolution in Militärischen Angelegenheiten</b> <b><i>Ulrike Franke</i></b>	75
3.1	Einleitung	75
3.2	Herkunft des Begriffes	76
3.3	Definition des Begriffes	77

3.4	Die IT-RMA der 1980/90er Jahre	79
3.5	Ein höchst einflussreiches Konzept	82
3.5.1	Militärgeschichtliche Betrachtungen der RMA	83
3.5.2	Der Einfluss der RMA in der strategic community	85
3.5.3	Eine deutsche RMA?	86
3.6	Die RMA heute	88
3.6.1	Die unbemannte Revolution	89
3.6.2	Cyberkrieg	91
3.6.3	Zukünftige Forschungsfelder	92
<b>4</b>	<b>Hegemonie</b> <i>Iris Wurm</i>	99
4.1	Einleitung	99
4.2	Die Definition	100
4.2.1	Hegemonie als Ordnungsbegriff	101
4.2.2	Hegemonie als Führungsstil	103
4.3	Hegemonie in den Theorien der Internationalen Beziehungen	106
4.3.1	Realismus	106
4.3.2	Liberalismus	109
4.3.3	Marxismus	113
4.3.4	Zusammenfassung	116
4.4	Aktueller Forschungsstand – Hegemonie oder Empire?	117
4.5	Aktuelles Beispiel – China als kommender Hegemon?	120
4.6	Fazit	125
<b>5</b>	<b>Demokratischer Frieden, demokratischer Krieg und liberales peacebuilding</b> <i>Anna Geis / Wolfgang Wagner</i>	135
5.1	Demokratieförderung als Begründung militärischer Interventionen	135
5.2	Die Debatte um den „Demokratischen Frieden“	137
5.2.1	Eine kurze Ideengeschichte des „Demokratischen Friedens“	137
5.2.2	Begriffe und Definitionen	139

5.2.3	Kontroversen	140
5.2.3.1	Demokratie oder Machtpolitik? Die Debatte mit Vertretern des (Neo-)Realismus	140
5.2.3.2	Demokratie oder Handel? Die Debatte über den Einfluss von ökonomischer Interdependenz	142
5.2.3.3	Normen oder Institutionen? Die Debatte über Kausalmechanismen	144
5.2.4	Eine wichtige Einschränkung: Demokratisierungsprozesse und Krieg	145
5.2.5	Die Ausweitung des Forschungsprogramms	146
5.3	Das „Janusgesicht“ der Demokratien: mächtige Krieger	147
5.3.1	Der liberale Interventionismus von Demokratien seit 1990	147
5.3.2	Aus dem „demokratischen Frieden“ abgeleitete Erklärungsversuche für den „demokratischen Krieg“	149
5.4	Vom „demokratischen Frieden“ zum „liberalen peacebuilding“	153
5.5	Forschungslücken und künftige Forschung	157
<b>6</b>	<b>Machtübergänge und Machtübergangstheorie</b> <b>Carsten Rauch</b>	165
6.1	Einleitung – Die Relevanz von Machtübergängen	165
6.2	Die Machtübergangstheorie: Begrifflichkeiten, Konzepte, Kontroversen	171
6.2.1	Die PTT und ihr Blick auf die Welt: Auf- und Absteiger, Hierarchiepyramide und die internationale Ordnung	173
6.2.2	Die Variablen der PTT: Macht und Zufriedenheit	178
6.2.3	Verschollen: Die Variable „Machtwille“ und die Rolle des dominanten Staates	181
6.2.4	Reichweite der Theorie	182
6.2.5	Machtübergangskriege in der PTT: Wer gegen wen und wann	183
6.3	(Weiter-)Entwicklungen der Machtübergangstheorie	184
6.4	Die PTT unter Beschuss: Kritik und Leerstellen	185
6.5	Aktuelle und zukünftige Forschungsfragen	188

<b>7</b>	<b>Ein Klima der Gewalt? Die Diskussion um Klimawandel und gewaltsame Konflikte</b>	197
	<b><i>Tobias Ide</i></b>	
7.1	Einleitung	197
7.2	Der Klimawandel	199
7.3	Klimawandel und zwischenstaatliche Kriege	200
7.4	Theoretische Ansätze	202
7.4.1	Ressourcenknappheit	202
7.4.2	Menschliche Sicherheit und Existenzgrundlagen	204
7.4.3	Politische Ökologie	204
7.4.4	Konstruktivistische und poststrukturalistische Ansätze	206
7.4.5	Environmental Peace	207
7.4.6	Die Kritik an der Debatte um einen Klimawandel-Konflikt-Nexus	208
7.5	Fallbeispiele	209
7.5.1	Nördliches Kenia	210
7.5.2	Darfur (Sudan)	212
7.6	Befunde der quantitativen Forschung	215
7.7	Probleme und Perspektiven der Klima-Konflikt-Forschung	217
7.8	Fazit	220
<b>8</b>	<b>Terrorismus</b>	233
	<b><i>Hendrik Hegemann</i></b>	
8.1	Einleitung	233
8.2	Was ist Terrorismus? Eine schwierige Begriffsbestimmung	234
8.3	Wer sind die Terroristen? Eine Typologie	237
8.4	Wie verändert sich Terrorismus? Wandel und Beständigkeit terroristischer Gewalt	240
8.4.1	Wie neu und wie gefährlich ist der „neue“ Terrorismus?	241
8.4.2	Radikalisierung: Auf dem Weg zum „führerlosen Dschihad“?	243
8.5	Wie kann man Terrorismus erklären? Ansätze und Theorien	245

---

8.6	Was tun gegen Terrorismus? Optionen und Herausforderungen der Antiterror-Politik	249
8.7	Fallbeispiel Nuklearterrorismus: Alles nur Hype?	253
8.8	Fazit	256
<b>9</b>	<b>Private Security and Military Companies (PSMCs)/Private Sicherheits- und Militärfirmen (PSMFs)</b> <i>Andrea Schneiker</i>	265
9.1	Einleitung	265
9.2	Begriffsbestimmung	267
9.3	Gründe für Privatisierung von Sicherheit	269
9.4	Folgen der Privatisierung von Sicherheit	272
9.5	Schlussbetrachtungen: Forschungslücken und zukünftige Forschungsaufgaben	279
<b>10</b>	<b>Humanitäre Interventionen und R2P</b> <i>Jan Niklas Rolf</i>	291
10.1	Einleitung	291
10.2	Terminologie und Theorie	292
10.2.1	Terminologie	292
10.2.2	Theorie	295
10.2.2.1	Staatszentrierte Theorien	296
10.2.2.2	Menschenrechtszentrierte Theorien	297
10.2.2.3	Kritische Theorien	298
10.3	Legalität und Legitimität	299
10.3.1	Die Lehre vom gerechten Krieg	299
10.3.2	Die Charta der Vereinten Nationen	301
10.3.3	Die NATO-Intervention in Jugoslawien	303
10.4	R2P und der Arabische Frühling	305
10.4.1	Das Konzept der R2P	305
10.4.2	Die NATO-Intervention in Libyen	308
10.5	Fazit	310

**Übungsaufgaben**

317



## Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

<b>Kap. 1</b>	<b>Einleitung</b>	
Abb. 1:	Bewaffneter Konflikt nach Weltregion	22
Abb. 2:	Kriege in 2013 nach Weltregion	23
Abb. 3:	Gewaltsame Konflikte und Kriege seit 1989	24
Abb. 4:	Kampfbezogene Tote zwischen 1989 und 2012, beste Schätzung	25
Abb. 5:	Friedensabkommen zwischen 1975 und 2011	26
<b>Kap. 2</b>	<b>Versicherheitlichung</b>	
Tab. 1:	Ansätze der Versicherheitlichung im Vergleich	52
Tab. 2:	Klimasicherheitsdispositif	66
<b>Kap. 4</b>	<b>Hegemonie</b>	
Abb. 1:	Die oszillierenden Pole der Hegemonie	106
Abb. 2:	Strömungen der Hegemoniethorie	116
Abb. 3:	Hegemonie und Empire	120
Abb. 4:	Jährliches GDP Wachstum seit 1990 in %	121
Abb. 5:	Die Wirtschaft 2050	122
<b>Kap. 6</b>	<b>Machtübergänge und Machtübergangstheorie</b>	
Abb. 1:	GDP ausgewählter Staaten nominal bzw. kaufkraftbereinigt in % des US-GDP von 2012	166
Abb. 2:	Jährliches GDP-Wachstum von USA, China und Indien 1990 – 20100 in %	167

Abb. 3:	Die Hierarchiepyramide des internationalen Systems	175
Abb. 4:	Erwartung der PTT bei verschiedenen Machtentwicklungen von dominanter und aufsteigender Macht	179
Abb. 5	Erwartung der PTT bei verschiedenen Machtentwicklungen und Zufriedenheitskonstellationen von dominanter und aufsteigender Macht	180
Abb. 6:	Verschiedene Typen von Machtübergängen	188
<b>Kap. 7</b>	<b>Ein Klima der Gewalt? Die Diskussion um Klimawandel und gewaltsame Konflikte</b>	
Tab. 1:	Übersicht der statistischen Analysen zum Verhältnis von Klimawandel und Gewaltkonflikten	217

## Vorwort

Der vorliegende Studienbrief stellt sich die außer in utopischen Visionsentwürfen nicht aufhebbare Frage nach Krieg und Frieden, den Ursachen beider reziprok miteinander verbundener Phänomene.

Kann internationale Politik überhaupt aus seinen gleichfalls anarchischen Grundzügen gelöst werden? Was kann uns die Friedensforschung sagen, so sie den rein normativen, teilweise idealistischen Ansatz als nur eine, wenn auch wichtige Komponente komplexer Lösungsansätze ansieht?

Die Autorinnen und Autoren wissen, dass das latent vorhandene freie Spiel der Mächte (und des Machtgleichgewichts) die Friedensforschung stets auf das Neue herausfordert. Die schon in der Zwischenkriegszeit versuchte Bannung des Krieges ist seitdem, gleich in welchem Teil der Welt, seit 1945 immer wieder gescheitert.

Die Beiträge versuchen diese Kenntnis im Bewusstsein der Leserinnen und Leser wachzuhalten. Dies gilt besonders hinsichtlich der Voraussetzungen der wahrscheinlich einzigen, dauerhaft bestätigten Theorieerkenntnis, nämlich der des demokratischen Friedens.

Die in der Thematik bestens ausgewiesenen Autorinnen und Autoren haben durch ihre Beiträge ein Werk geschaffen, das den Studierenden sowohl die nötige Vertiefung abfordert als auch den schnellen Zugriff erlaubt. Es ist dabei umfassend und klar strukturiert.

Tobias Ide hat nicht nur ein Kapitel und die Einleitung zu dem Studienbrief verfasst, sondern auch den Kontakt zu den einzelnen Autorinnen und Autoren hergestellt und den gesamten Entstehungsprozess mit der notwendigen Geduld begleitet.

Die insgesamt zehn Autorinnen und Autoren haben sich thematisch hervorragend ergänzt, so dass wir hiermit einen aktuellen, hoch informativen und lehrreichen Studienbrief vorlegen können. Ich danke Herrn Ide ganz herzlich für den eigenen Beitrag, aber besonders auch für die Kontaktierung, die stets hervorragende Betreuung und Unterstützung der anderen Autorinnen und Autoren, die es erst ermöglicht haben, dass dieser Studienbrief zustande gekommen ist.

Studierende des MA-Studiengangs „Governance“ werden von diesem Studienbrief in vielfacher Hinsicht profitieren. Mit dem Studienbrief sind insbesondere folgende Lernziele verknüpft:

- *Der Studienbrief* führt in Fragestellungen, theoretische Konzepte und Erklärungen ein, die für die Analyse der Friedens- und Konfliktforschung von Bedeutung sind.
- *Der Studienbrief* vermittelt vertiefte Kenntnisse in die tatsächlichen Streitpunkte und Begrenzungen theoretischer Konzepte und ihrer Aussagekraft.
- *Der Studienbrief* ermöglicht eine vergleichende Perspektive auf vielfältige Konfliktfelder der Weltpolitik und zeigt dabei immer auch vertiefte empirische Beispiele auf.

Wir sind Ulrike De Stena vom Lehrgebiet „Internationale Politik“ für die vielfältige und unermüdliche Unterstützung bei der lekturierenden Bearbeitung der Manuskripte sowie für die organisatorische Betreuung des Projekts zu großem Dank verpflichtet. Dies gilt insbesondere auch für die Überprüfung der Literaturverzeichnisse und die technische Umsetzung des Studienbriefs.

Hagen im August 2015

Prof. Dr. Maximilian Terhalle

Vertretung des Faches Internationale Politik, SS 2015

## Autorenvorstellung

**Ulrike Esther Franke** ist Doktorandin in Internationalen Beziehungen an der Universität Oxford. Sie hat einen Bachelorabschluss von Sciences Po Paris und einen Doppelmasterabschluss von Sciences Po und der Universität St. Gallen. In ihrer Doktorarbeit befasst sie sich mit der zunehmenden Nutzung von unbemannten Flugzeugen ('Drohnen') und der Revolution in militärischen Angelegenheiten. Zu diesen und anderen Themen hat sie u.a. in APuZ, Comparative Strategy, Internationale Politik, US Army War College Quarterly publiziert. Von 2013 bis 2014 war sie Mitglied des Forscherteams des UN Special Rapporteurs Ben Emmerson. Ulrike Franke ist Altstipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Stiftung der Deutschen Wirtschaft (SDW) und Mitglied des Arbeitskreises Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung.

**Anna Geis** ist seit 2012 Professorin für Internationale Beziehungen am Institut für Politikwissenschaft an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Zuvor war sie u.a. an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung tätig im Forschungsprogramm „Antinomien des Demokratischen Friedens“. Promoviert hat sie 2002 an der Universität Hamburg mit einer Arbeit zum Mediationsverfahren Frankfurter Flughafen. Ihre aktuellen Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich von Kriegs- und Friedenstheorien, Liberalismus, Konstruktivismus, deutsche Außenpolitik, sowie Themen der Internationalen Politischen Theorie (z.B. Legitimität, Anerkennung). Publikationen u.a.: Anna Geis/Harald Müller/Niklas Schörnig (Hg.): *The Militant Face of Democracy. Liberal Forces for Good*, Cambridge: Cambridge University Press, 2013.

**Hendrik Hegemann** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Internationale Beziehungen & Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Osnabrück. Zuvor arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Hendrik Hegemann studierte Wissenschaftliche Politik, Neuere und Neueste Geschichte und Öffentliches Recht in Freiburg und Seattle und promovierte anschließend am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Hamburg zur Rolle internationaler Bürokratien in der Antiterror-Kooperation. Seine Forschung und Lehre bewegen sich an der Schnittstelle von Internationalen Beziehungen, Friedens- und Konfliktforschung und Critical Security Studies. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen internationale Organisationen, transnationale Sicherheitsrisiken (insbesondere Terrorismus/Terrorismusbekämpfung), die EU als friedens- und sicherheitspolitischer Akteur sowie neue Formen sicherheitspolitischen Regierens.

**Tobias Ide** leitet das Forschungsfeld Konflikt am Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung. Zuvor war er in der Forschungsgruppe Klimawandel und Sicherheit an der Universität Hamburg und am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung tätig. Seine Arbeitsschwerpunkte umfassen die Repräsentation von internationalen Sicherheitsproblemen, Umwelt- und Ressourcenkonflikte, Environmental Peacebuilding, Klimawandel, Identitätskonflikte und sozialwissenschaftliche Methoden. Die Ergebnisse seiner Forschung wurden unter anderem in *Political Geography* und *Global Environmental Change* veröffentlicht.

**Carsten Rauch** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Programmbereich „Sicherheits- und Weltordnungspolitik von Staaten“ an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und an der Goethe-Universität Frankfurt. Seine Forschungsschwerpunkte beinhalten Theorien der Internationalen Beziehungen (insbesondere die Theorie des Demokratischen Friedens, die Machtübergangstheorie und verschiedene realistische Theorierichtungen), den Aufstieg und Fall von Mächten im internationalen System sowie revisionistische Politik von Großmächten. Seine letzte Monographie "Das Konzept des friedlichen Machtübergangs" erschien 2014 im Nomos Verlag. Zu seinen aktuellen Aufsätzen gehören "Making the World Safe for Power Transition – Towards a Conceptual Combination of Power Transition Theory and Hegemony Theory" (*Journal of Global Faultlines* 1 (2013) 1, 50–69, mit Iris Wurm) und "Machtübergangsmanagement durch ein Mächtekoncert. Plädoyer für ein neues Instrument zur multilateralen Sicherheitskooperation" (*Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 4 (2015) 1, im Erscheinen, mit Harald Müller).

**Delf Rothe** ist Research-Fellow am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Sein aktuelles Postdoc-Projekt „Von Nachhaltigkeit zu Resilienz: ökologische Konzepte in der Entwicklungs- und Sicherheitspolitik“ führt er mit einem Stipendium des Kompetenzzentrums Nachhaltige Universität Hamburg durch. Dr. Rothe verfasste seine Doktorarbeit, betreut von Prof. Dr. Cord Jakobeit am politikwissenschaftlichen Institut der Universität Hamburg. Während seiner Promotionszeit war er für drei Jahre lang Stipendiat der Heinrich-Böll-Stiftung. Delf Rothe veröffentlichte in den vergangenen Jahren zu Themen wie globale Klimagovernance, Risiko-Management, Diskurstheorie und Theorien der Versicherheitlichung (securitization) in internationalen Zeitschriften wie ‚Security Dialogue‘, ‚International Relations‘, oder ‚International Relations and Development‘. Zudem ist Rothe Herausgeber zweier Sammelbände zu den Themen ‚Interpretive approaches to global climate governance‘ (Routledge 2013) sowie ‚Euro-Mediterranean Relations after the Arab Spring‘ (Ashgate 2013).

**Jan Niklas Rolf** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule Rhein-Waal. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Entwicklungs- und Sicherheitspolitik sowie der Internationalen Politischen Theorie. In seiner Dissertation untersuchte er, inwieweit sich die politischen Theorien von Thomas Hobbes und John Rawls auf die internationalen Beziehungen übertragen lassen. Seine Forschungsergebnisse hat er auf internationalen Konferenzen präsentiert und in anerkannten Fachzeitschriften wie „International Relations“ und „Millennium“ publiziert.

**Andrea Schneiker** ist derzeit Juniorprofessorin für Politikwissenschaft (Schwerpunkt Internationale Beziehungen) an der Universität Siegen. Sie studierte Politikwissenschaft und Soziologie am Institut d'Etudes Politiques de Lille und an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Nach ihrer Promotion arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politische Wissenschaft der Leibniz Universität Hannover und dem Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS) der Universität Bremen. Andrea Schneiker forscht insbesondere zu Fragen der Privatisierung von Sicherheit und der humanitären Hilfe. Ihre Arbeiten zu privaten Militär- und Sicherheitsfirmen erschienen unter anderem in *Security Dialogue*, *Millennium*, *Cambridge Review of International Affairs* und der Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung (ZeFKo). Darüber hinaus ist sie Autorin des Buches *Humanitarian NGOs, (In)Security and Identity. Epistemic Communities and Security Governance* (Ashgate).

**Wolfgang Wagner** ist Professor für Internationale Sicherheit an der Freien Universität Amsterdam. Nach einem Studium der Politikwissenschaft und der Neueren Deutschen Literatur in Tübingen und den USA promovierte er 2001 an der Johann Wolfgang Goethe Universität in Frankfurt am Main mit einer Arbeit über die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Zwischen 2002 und 2007 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt am Main. Sein Forschungsschwerpunkt liegt in der vergleichenden Analyse der Außenpolitiken liberaler Demokratien sowie der Europäischen Union. In diesem Rahmen hat er sich insbesondere der Rolle von Parlamenten in der Außen- und Sicherheitspolitik gewidmet. 2011 erschien *Die demokratische Kontrolle internationalisierter Sicherheitspolitik. Demokratiedefizite bei Militäreinsätzen und in der europäischen Politik innerer Sicherheit* (Baden-Baden: Nomos, Reihe Weltpolitik im 21. Jahrhundert); 2014 erschien der gemeinsam mit Michal Onderco verfasste Aufsatz „Accommodation or Confrontation? Explaining Differences in Policies towards Iran“ in *International Studies Quarterly* (Jahrgang 58, 717-728).

**Iris Wurm** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Ihre Forschungsinteressen sind Weltordnungspolitik, Theorien der IB, die Außenpolitik der USA sowie der Mittlere und Nahe Osten. Ihre Dissertation beschäftigte sich mit der Kooperation des Hegemons USA mit Saudi-Arabien und Pakistan und ist im Nomos Verlag erschienen. Zudem publizierte sie zu Machtübergängen und Demokratieförderung.



Tobias Ide

## 1 Einleitung

### 1.1 Aktualität, Verortung und Gegenstandsbereich der Friedens- und Konfliktforschung

Die weltpolitische Lage ist nach wie vor durch die Existenz zahlreicher gewaltsamer und nicht-gewaltsamer Konflikte gekennzeichnet. Im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit standen dabei in jüngster Zeit unter anderem die Bürgerkriege in Syrien und Mali, die gewaltsamen Nachwirkungen des arabischen Frühlings in Ägypten und Libyen, der israelisch-palästinensische Konflikt, der Krieg in der Ostukraine und der damit im Zusammenhang stehende Konflikt zwischen Russland und zahlreichen westlichen Staaten, die Terroranschläge von Paris, die Expansion des Islamischen Staates (IS) in Syrien und im Irak, die Angriffe von Boko Haram in Nigeria, Drogengewalt in Mexiko sowie der Streit zwischen Japan und China um die Senkaku/Diaoyu-Inseln. Hinzu kommen weitere, seit langem schwelende Konflikte, die medial eher wenig Beachtung finden, beispielsweise die Bürgerkriege im Jemen, in der Demokratischen Republik Kongo, auf den Philippinen oder im nördlichen Kaukasus. Demgegenüber stehen jedoch auch diverse (wenngleich nicht immer unproblematische) Entwicklungen hin zu gewaltfreier Konfliktlösung, etwa das Friedensabkommen zwischen dem Sudan und dem Süd-Sudan, die Annäherung zwischen den USA und Kuba oder das Ende des Bürgerkrieges in Sri Lanka. Vor diesem Hintergrund darf die Beschäftigung mit Krieg und Frieden als hochaktuell gelten.

Aktuelle Krisen und Konflikte

Friedens- und Konfliktforschung bezeichnet die wissenschaftliche Analyse der Dynamiken und des Verhältnisses von Konflikt, Gewalt, Krieg, Kooperation und Frieden. In historischer Hinsicht haben solche Arbeiten eine lange Tradition und umfassen unter anderem Thukydides' (454-ca. 399 v.Chr.) Analyse des Penopolesischen Krieges, Hugo Grotius' (1583-1645) völkerrechtliche Arbeiten, Thomas Hobbes' (1588-1679) Überlegungen zur Überwindung eines gewaltsamen Naturzustandes, Immanuel Kants (1724-1804) Schrift „Zum ewigen Frieden“, Carl von Clausewitzs (1780-1831) militärtheoretische Überlegungen oder die Arbeiten zu Klassenkonflikten von Karl Marx (1818-1883). Eine erste Institutionalisierung erfuhr die wissenschaftliche Beschäftigung mit den Phänomenen Krieg und Frieden nach dem Ersten Weltkrieg durch die Einrichtung erster Lehrstühle für Internationale Beziehungen (Czempiel 1965). Es dauerte jedoch bis nach dem Zweiten Weltkrieg, ehe Forschungsinstitute und Studiengänge gegründet wurden, die sich nicht nur auf Krieg und Frieden im internationalen System fokussierten, sondern das Verhältnis von Gewalt, Konflikt und Frieden auf mehreren Ebenen (international, innergesellschaftlich) und mit einem normativen Fokus auf Friedensprozesse analysierten. En-

Geschichte der Friedens- und Konfliktforschung

de der 1940er und Anfang der 1950er Jahre entstanden die ersten Einrichtungen in den USA (Koppe 2010). Kurz darauf folgte die Etablierung diverser bis heute federführender Institute in Europa, etwa das Peace Research Institute Oslo (PRIO, 1959), das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI, 1966) oder das Department of Peace and Conflict Research in Uppsala (1971). In Deutschland wurde die Friedens- und Konfliktforschung durch die Gründung der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK, 1970), des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg (IFSH, 1971) und der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK, 1970) institutionalisiert (Jahn 2012: 25). Eine umfassende historische Aufarbeitung der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Krieg und Frieden hat bereits Karlheinz Koppe (2001) vorgelegt.

Mehr Forschungsfeld als Disziplin

Trotz ihrer mittlerweile beachtlichen Institutionalisierung in Form von Instituten, Lehrstühlen und Studiengängen weltweit sollte die Friedens- und Konfliktforschung jedoch weniger als eigenständige wissenschaftliche Disziplin sondern eher als multi-, inter- und transdisziplinäres Forschungsfeld verstanden werden. Dies verwundert kaum, wenn man in Betracht zieht, dass sich der Gegenstandsbereich der Forschung von Spannungen in Familien, Nachbarschaften und Stadtvierteln bis zu nuklearen Konflikten und Weltkriegen erstreckt. Wesentliche methodische und thematische Impulse erhielt die Friedens- und Konfliktforschung dabei unter anderem von den Internationalen Beziehungen (Keohane 1984; Waltz 1959) und der Politikwissenschaft im Allgemeinen (Ebert 1978; Lipset/Rokkan 1967), der Soziologie (Cosser 1964; Dahrendorf 1961), der Psychologie (Mentzos 1993; Tajfel/Turner 1986), der Geographie (Agnew 1994; Harvey 2001), der Anthropologie (Fried et al. 1968; Howell/Willis 1989), der Pädagogik (Buddrus/Schnaitmann 1991) und verschiedenen Naturwissenschaften (Neuneck/Altmann 1998; Tucker 1994).

Definitionen

Wie oben bereits angedeutet bildet die Beschäftigung mit den Phänomenen Konflikt, Krieg, Gewalt, Kooperation und Frieden den inhaltlichen Kern der theoretisch, disziplinär und inhaltlich breit aufgestellten Friedens- und Konfliktforschung. Eine abschließende Definition dieser Begriffe ist an dieser Stelle aus Platzgründen nicht realisierbar und angesichts der Pluralität des Forschungsfeldes auch nicht wünschenswert. Zur besseren Kontextualisierung der Beiträge in den folgenden Kapiteln sollen hier jedoch einige Kernideen und -debatten rekapituliert werden.

Konflikt

Nehmen verschiedene soziale Akteure (z.B. Individuen, ethnische Gruppen, Klassen, Staaten) ihre jeweiligen Interessen als gegensätzlich wahr, so wird üblicherweise von einem *Konflikt* gesprochen (Meyers 1994). Je nach theoretischer Position können Konflikte als Prozesse (dynamisch) oder Zustände bzw. „Momentaufnahmen“ (statisch) verstanden werden (Baron 1990; Dietz/Engels 2014). Zudem werden verschiedene Typen von Konflikten unterschieden. Beispielsweise artikulieren in manifesten Konflikten die beteiligten

Akteure ihre Interessen und drängen auf deren Realisierung, während latente Konflikte nicht artikuliert und daher weitgehend unsichtbar bleiben. Konflikte können zudem symmetrisch (zwischen weitgehend ähnlichen Parteien, z.B. zwischen zwei Staaten) oder asymmetrisch (zwischen sehr unterschiedlichen Parteien, z.B. zwischen einem Staat und einer Miliz) sein und formell (im Rahmen etablierter Institutionen und Verfahren) oder informell ausgetragen werden (siehe Bonacker 2009 für eine ausführliche Diskussion verschiedener Konflikttypen). Auch sind unterschiedliche Konfliktgegenstände wie Geld, Territorium, symbolische Anerkennung, Mitspracherechte oder Prestige möglich. Konflikte müssen dabei nicht unbedingt negativ sein, sondern werden mittlerweile im Gegenteil als Katalysatoren gesellschaftlichen Fortschritts aufgefasst (Cosser 1964; Mouffe 2005). Die Französische Revolution, die Einführung demokratischer Regierungssysteme und die Gleichstellung verschiedener ethnischer, sexueller und religiöser Gruppen (z.B. im Rahmen der Bürgerrechtsbewegung in den USA) sind hier nur einige Beispiele.

In Abgrenzung zu diesem eher konventionellen Konfliktverständnis weisen strukturalistische Arbeiten darauf hin, dass Konflikte auch dann vorliegen können, wenn die beteiligten Akteure ihre Interessen nicht als gegensätzlich wahrnehmen. Konflikte werden dann als ungerechtfertigte soziale, politische oder ökonomische Ungleichheiten aufgefasst, die es zu überwinden gilt (Galtung 1971; Wallerstein 2000: 316-321). Solche Ungleichheiten können existieren, ohne dass die betroffenen Akteure ihr Interesse an der Abschaffung dieser Ungleichheiten erkennen bzw. artikulieren. Zum Beispiel können die Ungleichheiten als legitim bzw. unvermeidlich erscheinen ("ideational power" im Sinne von Lukes 2005: 28). In anderen Fällen werden Ungleichheiten durch zahlreiche kleine, nicht klar einem bestimmten Akteur zuordnbare Entscheidungen (man denke an individuelle Kaufentscheidungen in Konflikten zwischen indischen Näherinnen, globalen Textilfirmen und deutschen Konsumenten) reproduziert (Kahn 1966).

Strukturalistisches  
Konfliktverständnis

Eine ähnlich gelagerte Debatte zwischen akteurs- und prozessorientierten Ansätzen einerseits und strukturalistischen Ansätzen andererseits existiert auch hinsichtlich der Definition von *Gewalt*. Erstgenannte Ansätze begreifen Gewalt meist als die Anwendung (teilweise auch: glaubhafte Androhung) direkter physischer Gewalt gegen Menschen oder menschliches Eigentum. Mit diesem eher konventionellen Verständnis konkurrieren jedoch weitere Gewaltbegriffe (Bonacker/Imbusch 2010: 83-91). Am einflussreichsten ist hier sicherlich der von Johan Galtung (1969: 170) geprägte Begriff der strukturellen Gewalt, definiert als eine Situation in der „violence is built into the structure and shows up as unequal power and consequently as unequal life chances.“ Nach diesem Verständnis sind Phänomene wie Sexismus und Rassismus, der ungleiche Zugang zu Nahrung, Medizin und Bildungschancen, oder eine Ungleichheiten reproduzierende Welthandelsordnung als Formen von Gewalt zu verstehen. Letztlich lassen sich stichhaltige Argumente für und wider ei-

Gewalt

nen direkten bzw. strukturellen Gewaltbegriff nennen. Einerseits lässt sich nicht leugnen, dass die fatalen, gewaltförmigen Konsequenzen von unzureichender medizinischer Versorgung, Mangelernährung und Umweltverschmutzung denen von Kriegen und Gewaltkonflikten nicht nachstehen. So sterben jedes Jahr allein rund 3,1 Millionen Kinder weltweit an den Folgen unzureichender Nahrungsversorgung (Black et al. 2013). Andererseits könnte durch die Übernahme eines strukturellen Gewaltverständnisses das (bereits jetzt stark multithematische und multidisziplinäre) Profil der Friedens- und Konfliktforschung deutlich an Schärfe verlieren. Integrative theoretische und methodische Ansätze sowie eine Abgrenzung zur Entwicklungs-, aber auch zur Bildungs-, Gesundheits- und Umweltforschung wären dann nur noch schwerlich zu realisieren.

Frieden

Ausgehend von der Kontroverse um den Gewaltbegriff unterscheidet Galtung (1969: 183) zwischen negativem und positivem *Frieden*. Während negativer Frieden die Abwesenheit direkter, physischer Gewalt beschreibt, bezieht sich positiver Frieden auf die umfassende Realisierung von sozialer Gerechtigkeit (bzw. die Abwesenheit struktureller Gewalt). Diese Differenzierung ist in der Friedens- und Konfliktforschung weit verbreitet. Sie spielt insbesondere dann eine Rolle, wenn durch die Beendigung eines physisch gewaltsamen Konflikts polit-ökonomische Ungleichheit perpetuiert wird oder umgekehrt, wenn direkte physische Gewalt zur Beendigung struktureller Gewalt verwendet wird (z.B. gewaltsame Revolutionen gegen autokratische Regime oder Kolonialmächte). Daneben existieren aber weitere definitorische und konzeptionelle Debatten um den Begriff Frieden, so dass letztlich unklar ist, ob es im heterogenen Forschungsfeld Friedens- und Konfliktforschung überhaupt einen einheitlichen Friedensbegriff geben kann oder soll (Schwerdtfeger 2001).

Krieg

In den vergangenen Jahren hat sich der Mainstream der Friedens- und Konfliktforschung verstärkt auf direkte physische Gewalt und die Existenz bzw. Abwesenheit von negativem Frieden fokussiert (Jutila et al. 2008). Damit gewann das Phänomen *Krieg* gegenüber Formen struktureller Gewalt an analytischer Relevanz. Andreas Herberg-Rothe (2003: 12-14) grenzt Krieg entlang von drei Kategorien gegenüber anderen Gewalt- und Konfliktformen ab: Erstens wird Gewalt massenhaft und als Mittel zum Zweck angewendet, zweitens finden Kampfhandlungen zwischen den Parteien statt und drittens gehören die Kämpfenden zu einer umfassenderen, ein Minimum an Organisation aufweisenden Gemeinschaft. Krieg wird dabei von kleinskaligeren gewaltsamen Konflikten durch seine Dauer, Intensität und gelegentlich auch die Beteiligung staatlicher Akteure bzw. einen gewissen Organisationsgrad der Parteien abgegrenzt. Es hat sich eingebürgert, ab einer Intensität von 1.000 kampfbezogenen Toten pro Jahr von einem Krieg zu sprechen (Gleditsch et al. 2002; Sarkees 2010).

*Kooperation* gehört (noch) nicht zum klassischen Begriffsinventar der Friedens- und Konfliktforschung (Bonacker/Imbusch 2010), hat aber in den vergangenen Jahren deutlich an Relevanz gewonnen. Wolf et al. (2003) entwickelten beispielsweise eine Skala zur Kategorisierung wasserbezogener Interaktionen, die 15 Kategorien von offenem Krieg (-7) bis hin zur freiwilligen Vereinigung zu einer Nation (+7) umfasst. Schwächere Formen der Kooperation reichen dabei von unverbindlicher verbaler Unterstützung (+1) bis zu militärischen und strategischen Allianzen (+6). Versteht man Kooperation als das koordinierte Handeln von mindestens zwei sozialen Akteuren mit dem Zweck der Realisierung gemeinsamer/geteilter Interessen und differenziert verschiedene Stufen der Kooperation, so werden die analytischen Vorteile des Konzepts deutlich: Kooperation verweist auf Formen positiver Interaktion jenseits der reinen Abwesenheit physischer Gewalt (negativer Frieden), ohne den Fokus nur auf umfassende Formen sozialer Gerechtigkeit (positiver Frieden) zu richten. Stattdessen werden mögliche Zwischenschritte und Zwischenformen wie transnationale Wasser- oder Handelsabkommen, Vereinbarungen zur Machtteilung zwischen ethnischen Gruppen oder begrenzte gesellschaftliche Umverteilung im Rahmen eines Sozialpakts in den Blick genommen. Allerdings droht die binäre Gegenüberstellung (und stufenförmige Konzeption) von Konflikt und Kooperation den Blick auf die häufig parallele Existenz dieser beiden Phänomene (in unterschiedlichen Ausprägungen) zu verstellen. Zeitoun/Mirumachi (2008) kritisieren etwa, dass israelisch-palästinensische Wasserinteraktionen auf Grund bestehender Verträge und wissenschaftlicher Zusammenarbeit oft als Kooperation klassifiziert wird, obwohl das Verhältnis beider Parteien von starken Ungleichheiten und Unzufriedenheiten bezüglich des Zugangs zu und der Kontrolle über Wasser geprägt ist.

Kooperation

## 1.2 Krieg und Frieden: aktuelle Trends

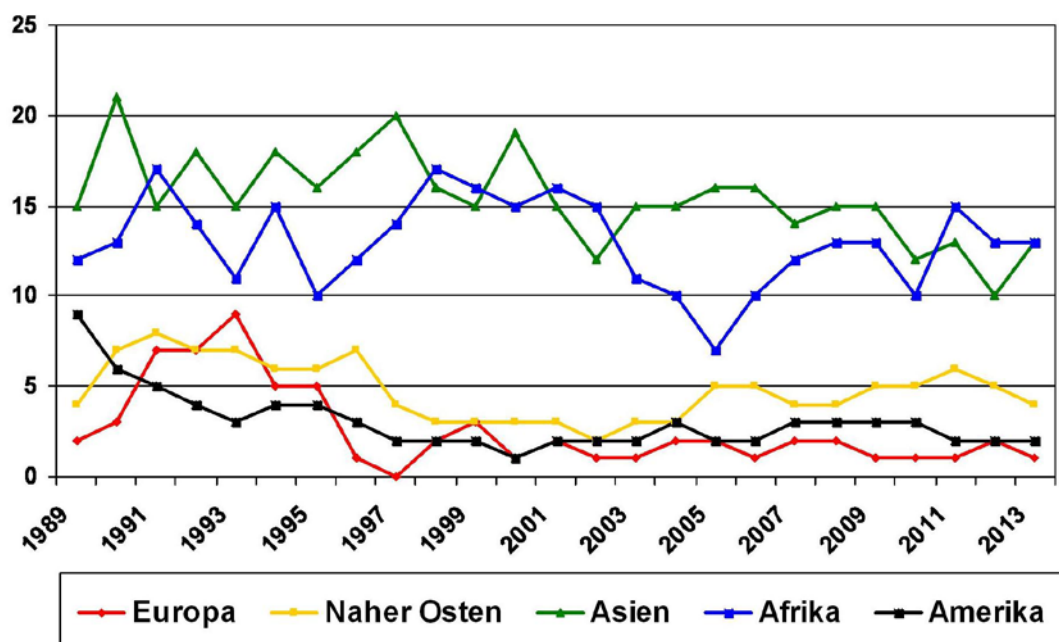
Der vorliegende Studienbrief fokussiert sich überwiegend auf jene Theorien und Themenbereiche der Friedens- und Konfliktforschung, die Überschneidungen zu Fragestellungen der Internationalen Beziehungen aufweisen und sich auf direkte, physische Gewalt und ein negatives Friedensverständnis beziehen. Daher sollen an dieser Stelle einige aktuelle Trends hinsichtlich der Entwicklung von Krieg und Frieden anhand der aktuellen Berichte des Uppsala Conflict Data Program (UCDP) und des Heidelberg Institute for International Conflict Research (HIK) dargestellt werden (HIK 2014; Themnér/Wallenstein 2014). Das HIK verwendet eine komplexe Definition von Krieg, der durch die Verwendung schwerer Waffen, die Beteiligung vieler Personen und die Verursachung vieler Toter, schwerwiegender Zerstörung und einer größeren Zahl den Flüchtlingen gegenüber anderen Konfliktformen abgegrenzt wird. UCDP hingegen bezeichnet Auseinandersetzungen mit staatlicher Beteiligung um territoriale Kontrolle oder Staatsmacht ab 25 kampfbe-

UCDP und HIK

zogenen Toten als bewaffneten Konflikt und ab 1.000 kampfbezogenen Toten als Krieg.

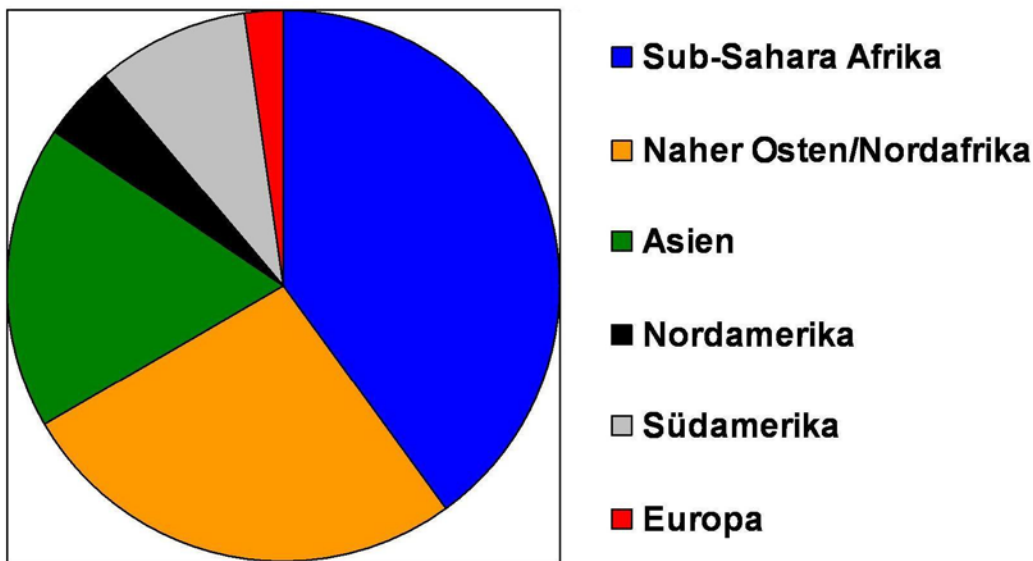
Seit dem Zweiten Weltkrieg finden Kriege und gewaltsame Konflikte ganz überwiegend innerhalb von Staaten und im globalen Süden statt. Abbildung 1 vergleicht die Zahl der bewaffneten Konflikte nach Weltregion seit 1989 auf Basis der UCDP-Daten. Es wird deutlich, dass Asien und insbesondere Afrika überproportional stark repräsentiert sind, während in Europa und Amerika (insbesondere Nordamerika) kaum gewaltsame Konflikte jenseits der Schwelle von 25 Toten zu verzeichnen sind.

**Abbildung 1: Bewaffnete Konflikte nach Weltregion**



Quelle: Eigene Darstellung nach Themnér/Wallensteen 2014: 543.

HIK (2014: 14) verzeichnet auf Basis einer niedrigen Inklusionsschwelle für 2013 45 Kriege. Davon findet lediglich einer in Europa (russischer Staat gegen islamistische Rebellen im Kaukasus) und nur zwei in Nordamerika statt (Konflikte zwischen Drogenkartellen bzw. zwischen Kartellen und dem Staat in Mexiko). Sub-Sahara Afrika (18), aber auch Nordafrika und der Nahe Osten (12) sind überproportional stark repräsentiert (siehe Abbildung 2). Kritische Stimmen weisen allerdings darauf hin, dass solche Zahlen (a) wesentlichere Formen struktureller Gewalt ignorieren, (b) historisch selektiv sind und die große Zahl an gewaltsamen Konflikten in Europa bis 1945 ausblenden und (c) Stereotype von Afrika als bedrohlicher und gewaltsamer Ort reproduzieren würden (Abrahamsen 2005; Selby/Hoffmann 2014).

**Abbildung 2: Kriege in 2013 nach Weltregion**

Quelle: Eigene Darstellung nach HIIK 2014: 14.

Laut Gleditsch et al. (2002) waren 72,4 Prozent der bewaffneten Konflikte mit über 25 Toten pro Jahr zwischen 1945 und 2001 innerstaatlich. Diese Tendenz hielt auch im neuen Jahrtausend an. Keiner der 45 vom HIIK für 2013 registrierten Kriege kann als zwischenstaatlich charakterisiert werden. Von den 176 gewaltsamen Krisen (der nächst-niedrigeren Eskalationsstufe) im Jahr 2013 fanden lediglich 11 zwischen Staaten statt. Alle 33 von UCDP für 2013 erfassten bewaffneten Konflikte fanden ebenfalls innerhalb von Staaten statt. Und auch für 2012 verzeichnen UCDP und HIIK lediglich einen bewaffneten Konflikt bzw. Krieg zwischen Staaten, namentlich zwischen dem Sudan und dem Süd-Sudan um die gemeinsame Grenze. Allerdings gelten etwa 25 Prozent der Kriege und bewaffneten Konflikte, die in den letzten Jahren innerhalb von Staaten stattgefunden haben, als internationalisiert (Themnér/Wallensteen 2014: 542). Solche Konflikte fanden zwar weitgehend innerhalb eines staatlichen Territoriums statt, waren aber durch eine signifikante Beteiligung externer/ausländischer Truppen gekennzeichnet. Beispiele umfassen den Krieg im Osten der Demokratischen Republik Kongo, an dem sich mehrere regionale Staaten (z.B. Ruanda) beteiligen, der Bürgerkrieg in Mali (französische Intervention zu Gunsten der Regierung) und die kriegerischen Auseinandersetzungen in Afghanistan.

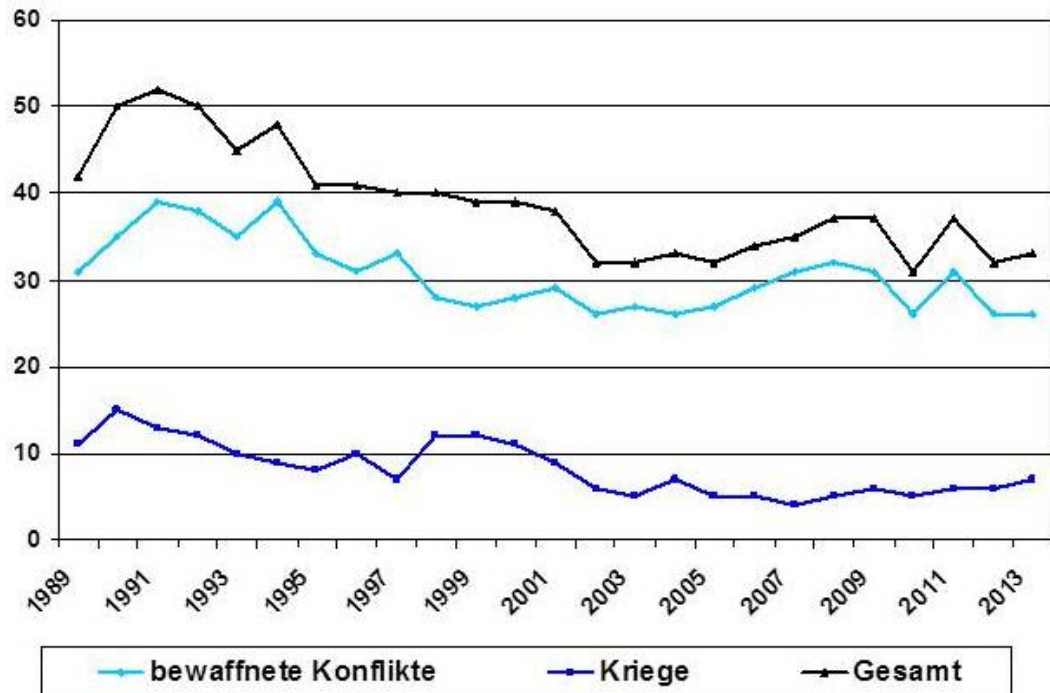
Inner- und zwischenstaatliche Gewaltkonflikte

Bezüglich der Zahl an Kriegen und bewaffneten Konflikten lässt sich folgendes konsternieren. Folgt man den Daten von UCDP, so stieg die Zahl an Kriegen und bewaffneten Konflikten ab 1946, wenngleich unregelmäßig, an. Kurz nach Ende des Kalten Krieges, im Jahr 1991 erreichte sie mit 52 bewaffneten Konflikten und Kriegen einen Höhepunkt. Anschließend ist eine stetige Abnahme bis 2002 (32 bewaffnete Konflikte/Kriege) zu beobachten. Seitdem schwankt die Zahl der gewaltsamen Konflikte zwischen 31 (in 2010)

Gewaltkonflikte im Zeitverlauf

und 37 (in 2008, 2009 und 2011), was in etwa dem Niveau der 1970er-Jahre entspricht (Abbildung 3). Diese Zahlen werden von HIIK (2014: 16) trotz unterschiedlicher Definitionen und Erfassungsprozeduren für Kriege bestätigt.

**Abbildung 3: Gewaltsame Konflikte und Kriege seit 1989**



Quelle: Eigene Darstellung nach Themnér/Walleensteen 2014: 543-544.

Kleinskaligere Konflikte  
im Zeitverlauf

Nimmt man auch kleinskaligere Gewaltkonflikte in den Blick, so fällt auf, dass die Zahl gewaltsamer Krisen unterhalb der Kriegsschwelle seit 1945 weitgehend kontinuierlich steigt, während die Zahl nicht gewaltsamer Konflikte erst 2009 ihren (vorläufigen) Höhepunkt erreichte (HIIK 2014: 17). Allerdings muss angemerkt werden, dass alle Versuche, kleinskaligere Konflikte vollständig oder zumindest repräsentativ zu erfassen (z.B. Chojnacki et al. 2012; Raleigh et al. 2010), mit erheblichen Schwierigkeiten behaftet sind. Hierzu gehören unter anderem ein Mangel an Informationen aus entlegenen bzw. unsicheren Regionen, Verzerrungen im Rahmen der Berichterstattung durch Medien und staatliche Stellen sowie die zunehmende Verfügbarkeit von internetfähigen Computern und Mobiltelefonen, so dass Konflikte umfassender registriert werden als noch vor zehn oder zwanzig Jahren (Day et al. 2015; Ide/Scheffran 2014: 271-273).

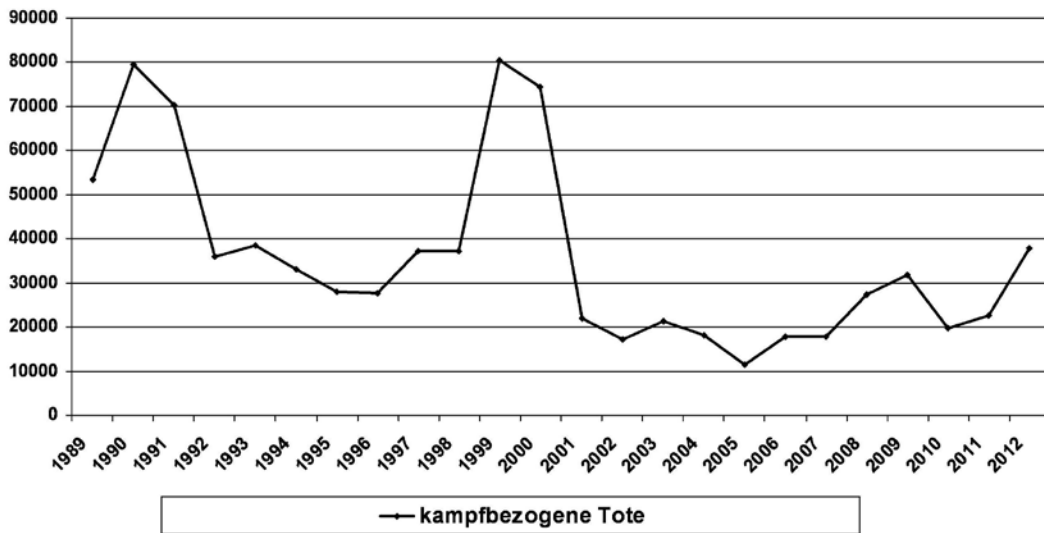
Konfliktbezogene Tote im  
Zeitverlauf

Ähnlich problematisch ist die Erfassung konfliktbezogener Toter, zu denen oft nur unvollständige oder nicht von unabhängiger Seite überprüfbare Informationen vorliegen. UCDP sammelt diese Daten für den Zeitraum 1989-2012 daher in drei Kategorien: höchste Schätzung, geringste Schätzung und beste (zuverlässigste) Schätzung. Obwohl auf Grund der kurzen historischen Zeitspanne und der Datenlage Vorsicht geboten ist, lässt sich ein Abwärts-



trend von 1990 (79.415 Tote) bis 1996 (27.745 Tote), gefolgt von einem Aufwärtstrend bis 1999 (80.302 Tote), einem zweiten Abwärtstrend bis 2005 (11.443 Tote) und einem zweiten Aufwärtstrend ab 2006 beobachtet (Abbildung 4).

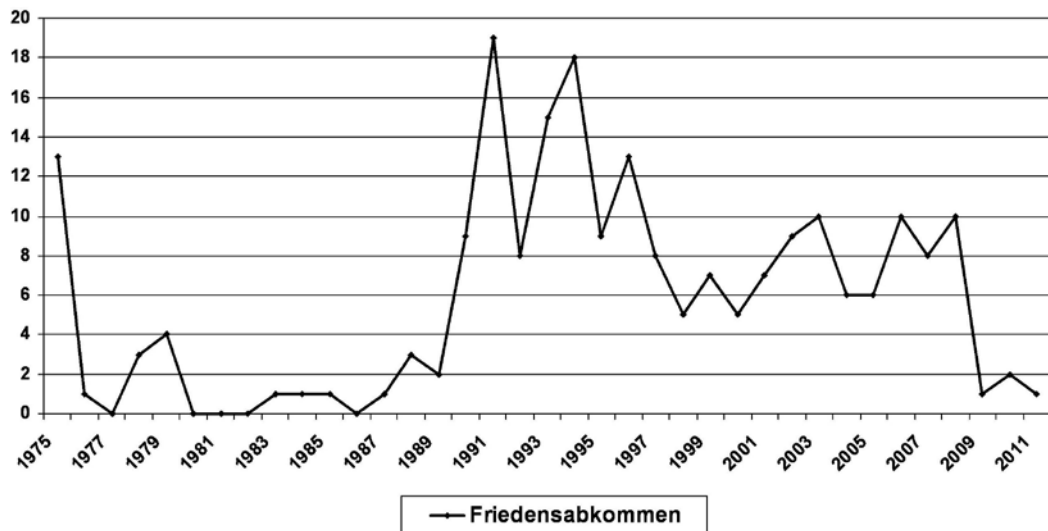
**Abbildung 4: Kampfbezogene Tote zwischen 1989 und 2012, beste Schätzung**



Quelle: Eigene Darstellung nach Themnér/Wallensteen 2014: 543.

Zuletzt soll an dieser Stelle auf die Zahl der Friedensabkommen eingegangen werden. Diese können definiert werden als Übereinkommen, durch welche die in denen an einem gewaltsamen Konflikt beteiligten Parteien versuchen, ihre Differenzen beizulegen. In diesem Kontext sind militärische (z.B. Waffenstillstand, Integration von Milizen in staatliche Armeen), politische (z.B. Wahlen, Machtteilung), territoriale (z.B. Föderalismus, Referenden zur Unabhängigkeit) und juristische (z.B. Amnestie, Freilassung Gefangener) Maßnahmen möglich. Daten zu Friedensabkommen werden vom UCDP Peace Agreement Dataset gesammelt (Harbom et al. 2006). Abbildung 5 stellt eine Übersicht über die Zahl der Friedensabkommen zwischen 1975 und 2011 dar.

Friedensabkommen

**Abbildung 5: Friedensabkommen zwischen 1975 und 2011**

Quelle: Eigene Darstellung nach Högbladh 2012: 50.

Eine neue Phase der Gewalt?

Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass zahlreiche der registrierten Friedensabkommen keinen nachhaltig positiven Effekt auf die Interaktion zwischen den Konfliktparteien hatten (z.B. das 2011 geschlossene Abkommen zwischen dem Sudan und dem Süd-Sudan, das nach kurzer Zeit von beiden Seiten gebrochen wurde). Die reine Zahl der Friedensabkommen ist daher nur eine sehr formale Kennzahl für die tatsächliche Existenz von (negativem) Frieden. Dennoch lässt sich eine deutliche Tendenz zur Abnahme von Friedensabkommen seit 1991 bei einer in etwa gleich bleibenden Zahl bewaffneter Konflikte und Kriege (zumindest seit 2002) beobachten (vgl. Abbildung 3). Dies deutet darauf hin, dass die abnehmende Zahl an Friedensabkommen nicht primär einer Reduktion gewaltsamer Konflikte geschuldet ist (Högbladh 2012). Gemeinsam mit den Aufwärtstrends bei kampfbezogenen Toten (seit 2006) und gewaltsamen Krisen deuten diese Zahlen darauf hin, dass die Phase relativer Friedlichkeit und Gewaltfreiheit im internationalen System nach Ende des Kalten Krieges mittlerweile vorbei ist. Lediglich eine Rückkehr zu zwischenstaatlichen Kriegen als dominante Kriegsform dürfte, zumindest mittelfristig, ausgeschlossen sein.

### 1.3 Themen und Forschungsfragen der Friedens- und Konfliktforschung im Wandel der Zeit

Relevanz externer Einflüsse

Friedens- und Konfliktforschung findet, wie andere Forschungstätigkeit auch, nicht in einer wissenschaftlich-disziplinären Blase statt. Folglich werden die Theorien, Methoden und Themen der Friedens- und Konfliktforschung nicht nur von fachinternen Debatten bestimmt, sondern auch von Entwicklungen in anderen Forschungsfeldern und gesellschafts- sowie weltpolitischen Ereignissen. Letztere spielen eine größere Rolle als in anderen Forschungsbereichen, nicht zuletzt weil viele Friedens- und Konfliktforschende den Anspruch

haben, dass die Ergebnisse ihrer Arbeit von politischen Akteuren (z.B. Außenministerien, soziale Bewegungen, Entwicklungshilfe-Organisationen) aufgegriffen werden. Im Folgenden werden, ohne Anspruch auf Vollständigkeit und mit einem Fokus auf die letzten 20 Jahre, einige wesentliche Forschungsfragen und Themenbereich der Friedens- und Konfliktforschung vorgestellt. Dabei wird auch jeweils kurz beleuchtet, vor welchem wissenschaftlichen und politischen Hintergrund diese Themen und Fragen aufkamen.

Verortet man die Anfänge der institutionalisierten Friedens- und Konfliktforschung in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, so ist es wenig überraschend, dass zunächst zwei Themen die Agenda des Forschungsfelds prägten. Zum einen sollten vor dem Hintergrund zweier Weltkriege und der aufziehenden US-sowjetischen Rivalität die Ursache zwischenstaatlicher Kriege analysiert werden, um zukünftige Kriege zu verhindern. Prägend waren hier die umfassenden Arbeiten von Quincy Wright (1942), aber auch Sicherheitsdilemmata (Herz 1950), Machtasymmetrien (Walt 1985) und die anarchische Struktur des internationalen Systems (Waltz 1979) wurden als Kriegsursachen diskutiert. Zum anderen standen Atomwaffen nach dem Abwurf entsprechender Bomben über Hiroshima und Nagasaki und vor dem Hintergrund der Zuspitzung des Ost-West-Konflikts im Fokus der frühen Friedens- und Konfliktforschung. Entscheidende Impulse in der Diskussion über die Kontrolle, Begrenzung und Abschaffung von Atomwaffen gingen dabei nicht nur von Sozialwissenschaftlern (Kissinger 1957), sondern auch von Naturwissenschaftlern aus (Born et al. 1955).

Nach 1945: Kriege und Atomwaffen

Der Verlauf des Kalten Krieges beeinflusste die Friedens- und Konfliktforschung auch nach ihrer Gründungsphase. Beispielsweise wurde in der Kuba-Krise 1962 der potentiell weitreichende Einfluss individueller Entscheidungen (hier des US-Präsidenten Kennedy und der sowjetische Staatschef Breschnew) auf den Weltfrieden deutlich. In Kombination mit Fortschritten in der politischen Psychologie und dem Behaviorismus führte dies zur Entwicklung theoretischer Modelle, die sich stärker auf individuelle Entscheidungen in Konfliktsituationen fokussierten (Holsti et al. 1964; Janis 1982). Auch die Öl-Krise in 1973 (Paust/Blaustein 1974) oder die internationalen Auf- und Abrüstungsbemühungen seit den späten 1970ern (Sharp 1985) spiegelten sich in der Friedens- und Konfliktforschung wieder.

Verlauf des Kalten Krieges

In den späten 1960ern gewannen zudem kritische Ansätze in der Friedens- und Konfliktforschung an Prominenz. Die Gründe hierfür waren vielschichtig und umfassten unter anderem das Fortbestehen starker Ungleichheiten im internationalen System trotz Entkolonialisierung, das Ausbleiben großer internationaler (atomarer) Kriege seit 1945 und Impulse aus der kritischen Theorie und der Entwicklungsforschung. Kritische Ansätze bemängelten vor allem die Fokussierung traditioneller Ansätze auf negativen Frieden und die Stabilität des internationalen Systems sowie die damit einhergehende Stabili-

Kritische Ansätze in den 1960ern

sierung bestehender (ungleicher) Machtverhältnisse. Dem wurde ein Fokus auf strukturelle Gewalt und positiven Frieden in konzeptioneller und auf innerstaatliche/transnationale Konfliktlinien sowie Macht- und Wohlstandsunterschiede in empirischer Hinsicht gegenübergestellt. Teilweise wurden auch mehr qualitativ-teilnehmende Methoden eingefordert (Galtung 1985; Jutila et al. 2008; Senghaas 1971).

Theoretische Impulse  
nach 1989

Mit dem Ende des Kalten Krieges rückten zahlreiche neue bzw. bislang weniger beachtete theoretische Debatten und empirische Phänomene auf die Agenda der Friedens- und Konfliktforschung. Dies bewirkte eine weitere Pluralisierung des Forschungsfeldes. In theoretischer Hinsicht führten die zunehmende Verbreitung reflexiver Ansätze in angrenzenden Forschungsfeldern sowie realweltliche Umbrüche zu einer Zunahme konstruktivistischer und poststrukturalistischer Arbeiten (Ulbert 2003). Diese begreifen Realität nicht als allen Menschen mehr oder wenig objektiv zugänglich, sondern heben die intersubjektive Konstruktion von Welt(wahrnehmung) durch soziale Interaktion hervor. Konkret wurden dabei etwa Identitätsdiskurse (Hansen 2006), symbolische Politiken (Kaufman 2001), konflikthafte Narrative (Noll 2008) oder Bedrohungswahrnehmungen (Buzan et al. 1998) untersucht. Zudem bildete sich, angestoßen etwa durch Cynthia Enloe (1989) *Bananas, beach & bases*, verstärkt eine feministische Friedens- und Konfliktforschung heraus. Diese thematisiert unter anderem die spezifischen Verwundbarkeiten von Frauen in Kriegen und Postkonfliktgesellschaften, die Bedeutung von militarisierter Männlichkeit und Gender-Normen für gewaltsame Konflikte oder den „männlichen“ Einschlag vieler Theorien der Friedens- und Konfliktforschung (Engels/Gayer 2011). Und nicht zuletzt ermöglichte das Konzept der menschlichen Sicherheit, ein weites Spektrum von Bedrohungen der individuellen Bedürfnisse und Menschenwürde zu thematisieren (UNDP 1994). Auf Grund seiner Fokussierung auf nichtstaatliche Akteure und soziale Ungleichheiten ergeben sich zahlreiche Anknüpfungspunkte zwischen den Debatten um menschliche Sicherheit und um einen positiven Frieden (Sharp 2013).

Bürgerkriege

Innerstaatliche Konflikte, etwa in Form von Rassenunruhen in den USA oder dem Terrorismus der RAF in Deutschland, standen von jeher auf der Agenda der Friedens- und Konfliktforschung. Nach dem Wegfall der US-sowjetischen Konfrontation fanden Gewaltkonflikte innerhalb von Staaten oder in nichtstaatlichen Räumen, und insbesondere Bürgerkriege jedoch zunehmende Beachtung. Dies kann insofern kaum verwundern, als dass Bürgerkriege schon seit 1945 die dominante Kriegsform im internationalen System darstellten (siehe oben) und auch in den 1990ern zahlreiche Opfer forderten (z.B. im ehemaligen Jugoslawien oder in Tschetschenien). Umfassende Programme zur Erforschung der Ursachen und Auslöser für Bürgerkriege wurden aufgelegt. Inzwischen existiert ein gewisser Konsens bezüglich mehrerer Faktoren, die in vielen quantitativ-statistischen Analysen robust und signifikant

mit dem Ausbruch von Bürgerkriegen korrelieren, etwa große Bevölkerungen, ein niedriges Pro-Kopf-Einkommen, frühere Gewaltkonflikte oder ein mittleres Demokratieniveau (Dixon 2009; Hegre/Sambanis 2006). Die Mikro-Faktoren und Dynamiken, welche zum Ausbruch von Bürgerkriegen führen, sind hingegen noch nicht hinreichend verstanden (Sambanis 2004).

Eine ähnliche Debatte wurde um schwache, zerfallende und gescheiterte Staaten sowie deren friedens- und sicherheitspolitische Implikationen geführt. Hierzu trug insbesondere die misslungene UN-Mission (unter Führung und umfassender militärischer Beteiligung der USA) im zerfallenden Staat Somalia bei. Aber auch die Angst vor Flüchtlingsströmen und (nach dem ersten Attentat auf das World Trade Center 1993) Rückzugsgebieten für Terroristen spielten eine Rolle. Im Jahre 1994 wurde daher von der US-Regierung die State Failure Task Force eingerichtet, welche beauftragt wurde, die Ursachen für das Scheitern von Staaten zu untersuchen (Esty et al. 1999). Auch im deutschsprachigen Raum gab und gibt es entsprechende Bemühungen (Lambach 2009; Schneckener 2004). Dies ist angesichts einer größeren Zahl fragiler, z.T. regionalpolitisch relevanter Staaten (z.B. Haiti, Jemen, Libyen, Pakistan, Syrien, Zentralafrikanische Republik) kaum verwunderlich. Allerdings wird die Forschung zu zerfallenden Staaten auch immer wieder für konzeptionelle und empirische Schwächen kritisiert, etwa bei der Erfassung lokaler, nicht-staatlicher aber trotzdem stabiler bzw. legitimer Ordnungsformen (Hagmann/Hoehne 2009). Neben fragilen Staaten rückten auch (gewaltsame) Konfliktdynamiken in großen urbanen Konglomeraten, sogenannten *Megacities*, verstärkt in den Fokus der Friedens- und Konfliktforschung (Abrahamsen et al. 2009; Beall et al. 2013). Ein wesentlicher Faktor hierfür ist die zunehmende Urbanisierung der Weltbevölkerung (seit 2007 lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten).

Fragile Staaten und  
urbane Gewalt

Nach Ende des Kalten Krieges rückten auch Ursachen von (insbesondere innerstaatlichen) Konflikten jenseits ideologischer Konfrontationen (Kommunismus vs. Kapitalismus) oder rein sicherheitspolitischer Erwägungen (z.B. Sicherheitsdilemma) verstärkt in den Blickpunkt der Forschung. Vor dem Hintergrund umweltpolitischer Debatten, etwa im Rahmen der Rio-Konferenz von 1992, untersuchten diverse Forschungsprojekte den Zusammenhang zwischen einer Knappheit natürlicher Ressourcen (z.B. Land, Wasser) und dem Ausbruch von innerstaatlichen Gewaltkonflikten (Bächler 1998; Homer-Dixon 1994). Auch „water wars“ (Starr 1991: 17) zwischen Staaten wurden prognostiziert, sind bislang aber noch nicht aufgetreten. Eine Fortsetzung fand diese Debatte, unter anderem angestoßen durch die Verleihung des Friedensnobelpreises an das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) und Al Gore im Jahr 2007, in der Forschung zu den Implikationen des Klimawandels für Frieden und Sicherheit (Ide/Scheffran 2014).

Umweltwandel

Natürliche Ressourcen,  
Greed and Grievance

Parallel zur Debatte um knappe Ressourcen und Konflikte (*resource scarcity*) wurde auch der Einfluss lokal reichlich vorhandener, wertvoller Ressourcen wie Öl oder Diamanten auf die Dynamiken gewaltsamer Konflikte untersucht (*resource abundance* bzw. *resource curse*). Dabei wurde (und wird) die Hypothese diskutiert, ob relativer Ressourcenreichtum das Führen von Bürgerkriegen begünstigt (z.B. weil Finanzmittel zur Bezahlung von Waffen und Kämpfern akquiriert werden können) bzw. die Motivation dazu erhöht (weil die Kontrolle über entsprechende Ressourcen lukrativ ist) (Le Billon 2001; Ross 2004). Empirisches Material für die Debatte lieferten zahlreiche Bürgerkriege in den 1990ern, in denen wertvolle Ressourcen eine zentrale Rolle spielten, so etwa in Angola, Kambodscha und Sierra Leone. Impulse aus dieser Forschung wurden um die Jahrtausendwende in der Debatte um die politische Ökonomie des Krieges aufgenommen (Ruf 2003). Dabei erlangte die Debatte um „greed and grievance in civil war“ (Collier/Hoeffler 2004: 563), also die Frage, ob Akteure in Bürgerkriegen eher durch ökonomische Anreize oder soziale/politische Missstände motiviert werden, eine besondere Prominenz.

Neue Kriege?

Neben der Kontroverse um eine Ökonomisierung wurde auch die Privatisierung des Krieges diskutiert. Hier rückten neben Milizen auch private Sicherheits- und Militärfirmen, wie etwa die im Auftrag der USA im Irak tätige Firma Blackwater, in den Fokus von Forschung und Öffentlichkeit (Leander 2005). Mary Kaldor (1999) hat die Debatten um einen Wandel der Kriegsförmlichkeiten in ihrer These der neuen Kriege pointiert zusammengefasst (siehe auch Münkler 2002). Laut Kaldor ist das weltweite (Bürger-)Kriegsgeschehen zunehmend durch eine Beteiligung nichtstaatlicher Akteure, exklusiv-identitätspolitische Zielsetzungen, eine dezentrale Finanzierung im Rahmen einer globalisierten Kriegsökonomie und eine Vermengung von Guerilla- und Anti-Guerilla-Strategien mit vielen zivilen Todesopfern gekennzeichnet. Allerdings ist die These der neuen Kriege auch vielfach kritisiert worden, unter anderem weil sie der Heterogenität des globalen Kriegsgeschehens nicht gerecht wird und den historischen Wandel der Kriegsförmlichkeiten überpointiert (Chojnacki 2004; Kalyvas 2008).

Die Folgen von 9/11

Die Anschläge vom 11. September 2001 in den USA (sowie in Madrid 2004 und London 2005) und die darauf folgenden Kriege in Afghanistan und im Irak sorgten auch innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung für neue Impulse. Erstens wurde das Phänomen Terrorismus – dessen Ursachen, Ausprägungen und Strategien – intensiver thematisiert (Hoffman 2006). Zweitens wurden, auch mit Blick auf andere westliche Militärinterventionen in Bosnien (1999) und Libyen (2011), die theoretischen und ethnischen Aspekte der Lehre vom gerechten Krieg wieder verstärkt diskutiert (Hasperl 2009). Drittens warfen der Einsatz von Drohnen und ähnliche Formen hochtechnologischer Kriegsführung zahlreiche theoretische und empirische Fragen für die Friedens- und Konfliktforschung auf (Sauer/Schörning 2012). Und viertens

gewann die Forschung zu Aufständen, insbesondere gegen besetzende bzw. extern intervenierende Staaten, an Beachtung (Polk 2007).

Neben militärischen Interventionen wird auch die Beteiligung externer Akteure im Rahmen von Peacebuilding-Missionen seit einigen Jahren verstärkt von der Friedens- und Konfliktforschung betrachtet. Dabei geht es in aller Regel um den Aufbau stabiler politischer und ökonomischer Strukturen in Post-Konflikt-Gesellschaften, um einen Wiederausbruch von Bürgerkriegen zu verhindern. In empirischer Hinsicht ergibt sich die Relevanz der Forschung aus den US-Interventionen in Afghanistan und im Irak sowie durch Peacebuilding-Operationen der Vereinten Nationen in zahlreichen Staaten (z.B. Burundi, Haiti, Kongo, Kosovo, Kirgisistan, Nepal, Sri Lanka, Sudan). In theoretischer Hinsicht konkurriert der dominante Ansatz des liberalen Peacebuildings mit alternativen, der kritischen Friedensforschung zuzurechnenden Konzepten des postliberalen und lokalen Peacebuildings (Björkdahl/Höglund 2013; Richmond 2011).

Peacebuilding

## 1.4 Inhalt und Aufbau des Studienbriefs

Nach dieser Einleitung gliedert sich der vorliegende Studienbrief in drei Abschnitte auf, die wiederum jeweils aus drei Kapiteln bestehen. Die Auswahl der diskutierten Themen ist dabei notwendigerweise selektiv, da ein Sammelband zur Friedens- und Konfliktforschung problemlos mehrere hundert Kapitel umfassen könnte. Der Fokus dieses Studienbriefs liegt dabei auf solchen Themen, die

Gliederung und  
Themenauswahl

- für die Analyse direkter, physischer Gewalt und deren Abwesenheit (negativer Frieden) relevant sind,
- sich in aktuellen politischen Debatten widerspiegeln und
- Anknüpfungspunkte zum politikwissenschaftlichen Teilgebiet der Internationalen Beziehungen aufweisen.

Im ersten Abschnitt des Studienbriefes werden theoretische (Querschnitts-) Aspekte der Friedens- und Konfliktforschung diskutiert.

Abschnitt 1: Theoretische  
(Querschnitts-)Aspekte

Delf Rothe befasst sich in seinem Kapitel mit verschiedenen theoretischen Ansätzen der Versicherheitlichung sowie deren empirischer Relevanz und praktischer Anwendbarkeit. Dabei zeigt er zunächst, dass Sicherheit nicht als objektiver Zustand, sondern als soziales Konstrukt begriffen werden sollte. Dieser Ansatz wird gegenüber den klassischen Theorien der Internationalen Beziehungen abgegrenzt. Darauf folgt eine ausführliche Diskussion der Kopenhagener Schule, auf die der Versicherheitlichungs-Ansatz zurückgeht. Im nächsten Schritt systematisierte Delf Rothe die Kritik an der Kopenhagener Schule und zeigt die Vorteile sowie Blindstellen des alternativen Ansatzes der Pariser Schule auf. Auf einige Anmerkungen zur Operationalisierung der Versicherheitlichungs-Ansätze in der konkreten empirischen Forschung folgt eine

Versicherheitlichung

ausführliche Diskussion der Versicherunglichung des Klimawandels auf Basis der beiden vorgestellten Schulen. Abschließend wird resümiert, dass die Kopenhagener Schule besser für die Erfassung spektakulärer Versicherunglichungen geeignet ist, während der Pariser Ansatz diffuse bzw. alltägliche Versicherunglichungen in den Fokus rückt.

Revolution in militärischen Angelegenheiten (RMA)

Ulrike Franke setzt sich ausführlich mit dem Konzept der Revolution in militärischen Angelegenheiten (RMA) auseinander. Sie zeichnet zunächst die Entstehung des Begriffs im Kontext des Kalten Krieges nach und diskutiert anschließend verschiedene Definitionsmöglichkeiten. Dabei wird deutlich, dass insbesondere die Bedeutung neuer Technologien und die Konkretisierung des revolutionären Elements umstritten sind. Anschließend werden die ITA-RMA der 1980er- und 1990er-Jahre sowie die sogenannte Transformation militärischer Angelegenheiten in den frühen 2000er-Jahren intensiv diskutiert. Darauf aufbauend stellt Ulrike Franke den Einfluss des RMA-Konzepts in der Militärgeschichte (u.a. am Beispiel des Blitzkriegs), in der *strategic community* und in der deutschsprachigen Debatte dar. Die aktuelle Relevanz der RMA wird dann an zwei Beispielen illustriert: unbemannte Waffensysteme, allen voran Drohnen, und mögliche Cyberkriege bzw. Cyberangriffe, etwa auf Estland oder das iranische Atomprogramm. Abschließend werden zukünftige Forschungsaufgaben umrissen.

Hegemonie

Iris Wurm diskutiert das vielschichtige und umstrittene Konzept der Hegemonie. Nach einem kurzen Blick auf die Geschichte und aktuelle politische Relevanz von Hegemonie kontrastiert sie verschiedene Definitionen und unterscheidet dabei zwischen Hegemonie als Ordnungsbegriff und Hegemonie als Führungsstil. Darauf aufbauend wird ein Modell entwickelt, in dem Hegemonie zwischen den Polen Konsens und Zwang sowie materielle und ideelle Machtausübung oszilliert. Daran anschließend wird das Konzept der Hegemonie aus Sicht realistischer, liberaler und marxistischer Theorieansätze der Internationalen Beziehungen diskutiert. Im nächsten Argumentationsschritt grenzt Iris Wurm die Begriffe Hegemonie und Empire bzw. Imperium gegeneinander ab und kritisiert deren oftmals zu leichtfertige Vermengung in der wissenschaftlichen und politischen Praxis. Abgerundet wird das Kapitel durch ein Fallbeispiel, an dem die Frage diskutiert wird, ob China bereits als zukünftige Hegemonialmacht gelten kann.

Abschnitt 2: Friedens- und Gewaltursachen

Im anschließenden zweiten Abschnitt des Studienbriefs beschäftigen sich die AutorInnen intensiv mit den möglichen Ursachen gewaltsamer Konflikte und mit möglichen Erklärungen für die Existenz von Frieden.

Demokratie, Krieg und Frieden

Anna Geis und Wolfgang Wagner setzen sich mit dem Verhältnis von Demokratie, Frieden und Krieg auseinander. Sie zeichnen zunächst die Debatte um einen demokratischen Frieden nach und konstatieren, dass Demokratien in der Tat kaum Kriege gegeneinander führen. Dieser Befund ist jedoch theoretisch noch nicht abschließend erklärt und wird zudem von (neo-)realistischen



und auf ökonomische Interdependenz fokussierten Ansätzen herausgefordert. Zudem wird betont, dass Demokratien sich gegenüber Nicht-Demokratien nicht signifikant friedfertiger verhalten und Demokratisierungsprozesse häufig selbst gewaltsame Konflikte zur Folge haben. Daher wenden sich Anna Geis und Wolfgang Wagner im Weiteren dem „Janusgesicht“ der Demokratien zu. Hier diskutieren sie insbesondere die seit 1989 zunehmenden liberalen Interventionen einiger westlicher Demokratien sowie die spezifischen Motive demokratischer Staaten, sich aktiv an Kriegen zu beteiligen. Anschließend wird die Praxis des und die Kritik am liberalen Peacebuilding im Kontext der Debatte um Demokratie, Frieden und Krieg verortet, ehe Anregungen für weitere Forschung formuliert werden.

Carsten Rauch stellt die Machtübergangstheorie vor und diskutiert darauf aufbauend die Konfliktrelevanz von Situationen, in denen der dominante Staat im internationalen System an Macht verliert, während andere Großmächte rasant an Macht gewinnen. Die Aktualität dieser Problematik wird am Verhältnis der USA zu China und Indien verdeutlicht. Zunächst werden dabei aktuelle Machtverschiebungen im internationalen System nachgezeichnet, ehe die Konfliktrelevanz von Machtübergängen aus Sicht des Neorealismus und der Theorie des Demokratischen Friedens diskutiert wird. Daran anschließend wird die Machtübergangstheorie ausführlicher vorgestellt, wobei zentrale Konzepte wie dominante Macht, Herausforderer, Parität, Macht, Zufriedenheit und Machtwille eingeführt werden. Auch die Reichweite der Machtübergangstheorie und ihre Sicht auf das internationale System werden reflektiert. Im weiteren Verlauf des Kapitels beschäftigt sich Carsten Rauch dann mit Entwicklungspotentialen und Defiziten der Machtübergangstheorie und stellt zentrale Fragestellungen der aktuellen Forschung zum Thema dar.

Machtübergänge im internationalen System

Tobias Ide diskutiert den möglichen Einfluss des Klimawandels auf den Ausbruch gewaltsamer Konflikte. Zunächst wird dabei herausgearbeitet, welche Folgen mit dem Klimawandel einhergehen und wie diese Konflikte bzw. die Anwendung von Gewalt induzieren könnten. Darauf aufbauend wird festgestellt, dass sich der Klimawandel – zumindest mittelfristig – kaum auf die Dynamiken zwischenstaatlicher Gewaltkonflikte auswirken dürfte, während der Einfluss auf innerstaatliche Gewaltkonflikte noch unklar ist. In diesem Zusammenhang unterscheidet Tobias Ide zwischen sechs theoretischen Perspektiven: Ressourcenknappheit, menschliche Sicherheit, politische Ökologie, Konstruktivismus, Environmental Peace und eine grundlegende Kritik an der Klima-Konflikt-Debatte. Die Argumente der verschiedenen Perspektiven werden dann an Hand zweier exemplarischer Fallstudien im nördlichen Kenia und in Darfur (Sudan) verdeutlicht. Abschließend wird festgestellt, dass auch die Ergebnisse der quantitativ-statistischen Forschung nicht eindeutig sind und die Forschung sich in methodischer, theoretischer und substanzieller Hinsicht weiterentwickeln muss.

Klimawandel, Konflikte und Kooperation

Abschnitt 3: Formen und Dynamiken gewaltsamer Konflikte

Im abschließenden dritten Abschnitt werden die Formen und Dynamiken gewaltsamer Konflikte mit einem Schwerpunkt auf neuere theoretische und empirische Entwicklungen näher beleuchtet.

Terrorismus

Hendrik Hegemann mahnt einen bedachten und differenzierten Umgang mit dem Phänomen Terrorismus in der Friedens- und Konfliktforschung an. Er zeigt zunächst, dass sich der Begriff Terrorismus nur schwerlich definieren lässt. Anschließend werden vier Typen terroristischer Akteure entlang ihrer Motive – sozialrevolutionär, ethno-nationalistisch, vigilantistisch und religiös – unterschieden. Darauf aufbauend wird die Diskussion um einen Wandel des Terrorismus hin zu einem neuen, lose vernetzten sowie zunehmend religiösen und gewaltbereiten Terrorismus kritisch eingeordnet. Im zweiten Teil seines Beitrags befasst sich Hendrik Hegemann mit verschiedenen Erklärungsansätzen für das Auftreten bzw. die Radikalisierung terroristischer Akteure, die auf der Ebene von Individuen, sozialen Kollektiven und weitreichenderen gesellschaftlichen Strukturen angesiedelt werden können. Auf diesen Ebenen lassen sich auch jeweils unterschiedliche Maßnahmen zur Prävention von Terrorismus verorten. Diese im Beitrag diskutierten Argumente werden abschließend am Fallbeispiel Nuklearterrorismus verdeutlicht, ehe Perspektiven für zukünftige Forschung aufgezeigt werden.

Private Security and Military Companies (PSMCs)

Andrea Schneiker befasst sich in ihrem Beitrag mit Private Security and Military Companies (PSMCs) im Kontext der Privatisierung von Sicherheit. Sie differenziert dabei zwischen verschiedenen Formen von PSMCs und erläutert deren Tätigkeiten, die von Logistik- und Aufklärungsaufgaben bis zur direkten Beteiligung an Kampfeinsätzen reichen können. Hinsichtlich der Gründe für eine zunehmende Privatisierung von Sicherheit in Form von PSMCs lassen sich funktionale, politisch-instrumentalistische und normative Perspektiven unterscheiden, die das Phänomen jedoch nur begrenzt erklären können. Anschließend diskutiert Andrea Schneiker die Folgen einer zunehmenden Privatisierung von Sicherheit. Dabei stellen sich vor allem die Fragen, wie PSMCs sich mit anderen Akteuren koordinieren, wie sie kontrolliert werden und welche Qualität die von ihnen erbrachten Governance-Leistungen aufweisen. Abschließend werden Ansätze für eine Weiterentwicklung des Forschungsbereichs in den kommenden Jahren diskutiert.

Humanitäre Interventionen und Responsibility to Protect (R2P)

Jan Niklas Rolf befasst sich mit der Entwicklung und politik-praktischen Relevanz von humanitären Interventionen und der Responsibility to Protect (R2P). Dabei ordnet er zunächst humanitäre Interventionen in die Debatten um neue Kriege und um einen Konflikt zwischen individueller und staatlicher Souveränität ein. Nachdem verschiedene Definitionen des Begriffs vergleichend diskutiert werden, beleuchtet Jan Niklas Rolf humanitäre Interventionen aus der Sicht realistischer, kommunitaristischer, liberaler, kosmopolitischer, marxistischer und poststrukturalistischer Theorieansätze. Anschließend werden die Fragen der Legalität und Legitimität humanitärer Intervention

erörtert, wobei auf die Lehre vom gerechten Krieg, die Charta der Vereinten Nationen und das Fallbeispiel der NATO-Intervention in Jugoslawien 1999 zurückgegriffen wird. Daraufhin wird diskutiert, ob das relativ junge Konzept der Responsibility to Protect in der Lage ist, die diagnostizierte Lücke zwischen moralischen und juristischen Normen zu schließen. Die Vor- und Nachteile einer solchen Schutzverantwortung illustriert Jan Niklas Rolf am Beispiel der NATO-Intervention in Libyen im Jahr 2011.